

Reform mit Nebenwirkungen – Pflegeempfänger*innen drohen vermeidbare Komplikationen

Bochum, den 31. August 2025

Der BochumerBund warnt: Für Schmerzpatient:innen – und damit für Millionen Pflegeempfänger:innen – drohen durch die aktuelle Krankenhausreform gravierende Nachteile. Mit der Eingliederung der bislang eigenständigen Schmerztherapie in allgemeine Leistungsgruppen wird eine ganzheitliche Versorgung massiv gefährdet.

„Beruflich Pflegende betrachten Pflegeempfänger:innen stets in ihrer Gesamtheit. Ein wirksames Schmerzmanagement ist dabei unverzichtbar. Werden Schmerzen unzureichend behandelt, hat das schwerwiegende Folgen – für die Betroffenen wie auch für die Pflege“, so der BochumerBund.

Ein schlecht eingestelltes Schmerzmanagement führt zu eingeschränkter Mobilität und damit zu Folgeproblemen wie Dekubitus, Muskelschwäche oder Lungenentzündungen. Diese Komplikationen erhöhen nicht nur das Leid der Pflegeempfänger:innen, sondern erschweren auch die Arbeit der beruflich Pflegenden erheblich. Statt präventiv zu wirken, wären beruflich Pflegende künftig gezwungen, vermeidbare Folgeschäden aufwendig zu behandeln.

Der Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch, hat bereits auf die Dimension hingewiesen: Rund 23 Millionen Menschen mit chronischen Schmerzen könnten unter der Reform leiden. Schmerztherapien drohen zum bloßen Anhängsel von Innerer Medizin, Chirurgie oder Neurologie zu werden – Pflegeempfängerinnen würden damit zu Bittstellerinnen degradiert.

Der BochumerBund fordert daher: Schmerztherapie muss organisatorisch und finanziell eigenständig bleiben – sei es über spezielle Leistungsgruppen oder über Zuschläge. Nur so kann eine qualitativ hochwertige Versorgung für Pflegeempfänger:innen langfristig gesichert werden.

„Wer Schmerztherapie schwächt, schwächt die Pflege und gefährdet Pflegeempfangende*innen. Der Gesetzgeber muss hier dringend nachbessern“, betont Jürgen Drebes stellvertretender Vorstand des BochumerBund.